

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg · Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 73041, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag. Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

10/79

6. Juli

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschub, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Ein Staatskommissar bis Ende des Jahres?

Präsidentenwahl wahrscheinlich erst im Wintersemester

Die Universität wird möglicherweise in den nächsten Monaten vor einer weiteren Zerreißprobe stehen. Wenn der Wissenschaftsminister nicht noch in den nächsten Tagen dem von der Hochschule eingelegten Widerspruch gegen die Nichtzulassung zweier Bewerber für das Amt des Präsidenten entspricht, steht der Hochschule ein Staatskommissar ins Haus, weil die jetzige Unileitung ihr Amt unter diesen Bedingungen zum Ende der Vorlesungszeit niederlegen wird. Professor Dr. Rainer Krüger und Senator Dr. Friedrich W. Busch kündigten diesen Schritt an, nachdem der Senat das Wahlverfahren aufgrund eines Vorschlages des Präsidentschaftsbewerbers Dr. Rolf Berger ausgesetzt hatte.

Angebahnt hatte sich diese Entwicklung auf dem Hearing der Präsidentschaftskandidaten, zu dem neben dem vom Minister „zugelassenen“ Bewerber Dr. Rolf Berger, Professor Dr. Jost von Maydell und Professor Dr. Irene Pieper-Seier auch Dr. Jürgen Weißbach und Professor Rainer Tenfelde eingeladen worden waren. Weißbach wie Tenfelde waren jedoch nicht bereit, an dem Hearing teilzunehmen, um, wie es Weißbach ausdrückte, „die politischen Machtverhältnisse nicht zu verschleiern“. Die Ablehnung habe politische Gründe, die u.a. letztlich darin zu suchen seien, daß der Minister keinen Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter als Universitätspräsident haben möchte. Er setze mit dieser Entwicklung die reform- und mitbestimmungsfreundliche Tendenz des NHG fort und greife in unerträglicher Weise in die Autonomie der Hochschule ein.

Rektor Professor Dr. Rainer Krüger vertrat eine ähnliche Position. Er erklärte, der Hochschule werde damit die Fähigkeit aberkannt, selbst zu beurteilen, welche Bewerber bestimmte Qualifikationen erfüllten. Zudem werde durch die übermäßig lange Dauer des Feststellungsverfahrens (fast 4 Monate) der Universität die Möglichkeit genommen, die Ergebnisse rechtlicher Schritte abzuwarten, da die Grundordnung der Universität die Wahl der Hochschulleitung durch das Konzil innerhalb der Veranstaltungszeit vorschreibe. Im übrigen sei, so Krüger, das vom Minister praktizierte Verfahren in-

sofern rechtsfernerhaft, als dieser sich durch die mitentscheidende Beteiligung des Innenministers nicht auf eine reine Feststellungsentscheidung beschränkt habe. Die Universität müsse deshalb auf die Zulassung der von ihr für qualifiziert gehaltenen Bewerber bestehen.

Der ehemalige Präsident der TU Berlin, Dr. Rolf Berger, zog aus diesen Berichten die Konsequenz. Er erklärte, daß er im Fall eines negativen Bescheids des universitären Widerspruchs seine Kandidatur zurücknehmen werde, weil er nicht bereit sei, sich für ein „solches politisches Spiel des MWK mißbrauchen zu lassen“. Damit wolle er die ministerielle Taktik durchkreuzen. Jost von Maydell schloß sich diesem Schritt unmittelbar an, meinte aber, er überschätze nicht den Druck, der von einem solchen demonstrativen Akt ausgehe, aber das Selbstverständnis der Universität hinsichtlich der Wahrung der Autonomie mache dies notwendig. Gleichzeitig plädierte er dafür, das laufende Verfahren im Interesse der Glaubwürdigkeit bis zur Entscheidung des Ministers auszusetzen. Erst nach einigem Zögern schloß sich auch Irene Pieper-Seier der Position ihrer Mitbewerber an, obwohl sie es eigentlich für richtiger gehalten hätte, das Verfahren fortzuführen unter Einbeziehung Weißbachs und Tenfeldes.

Aufgrund dieser Lage trat der Senat noch am Nachmittag zu einer Sondersitzung zusammen, um nun auch formell das Wahlverfahren zur Prä-

Fortsetzung auf Seite 2

Oldenburgische Landschaft wünscht engere Kooperation



Nach einem Besuch des Beirates der Oldenburgischen Landschaft in der Universität hat sich deren Vorsitzender Dr. Dieter Rüdebusch, für eine engere Kooperation von Wissenschaftlern der Hochschule und den Arbeitsgemeinschaften der Oldenburgischen Landschaft ausgesprochen. Die Mitglieder des Beirates informierten sich bei ihrem Besuch vornehmlich über die regionalen Forschungsprojekte der Universität. Außerdem wurden sie über die Arbeit der zentralen Einrichtungen - hier Rechenzentrum - unterrichtet. Foto: Raether

2. Bauabschnitt steht doch infrage

Entgegen allen Erwartungen wird der 2. Bauabschnitt Naturwissenschaften möglicherweise doch nicht gebaut, obwohl die Realisierung dieser für die Funktionsfähigkeit der Naturwissenschaften so wichtigen Einrichtung aufgrund eines Kompromisses zwischen der Landesregierung und der Universität schon sicher schien.

In seinem Empfehlungen zum 9. Rahmenplan hat jedoch der Wissenschaftsrat heute trotz eines preis-

chenden Antrages der Landesregierung den Bau nicht berücksichtigt. Damit steht zumindest fest, daß der 1. und 2. Bauabschnitt nicht gleichzeitig errichtet werden können. Zur Entscheidung des Wissenschaftsministers und des Kabinetts, keine Abstriche beim 2. Bauabschnitt zu machen, war es aufgrund eines Kompromißvorschlages der Universität gekommen, die dafür die Streichung des mit 22 Millionen Mark im Rahmenplan ausgewiesenen Gebäu-

des für die Geisteswissenschaften geboten hatte.

Jetzt stehen all diese Planungen wiederum infrage - auch die, das AVZ fast ausschließlich nach Konzentrierung der Naturwissenschaften auf dem Standort Wechloy für die geisteswissenschaftlichen Fächer zu nutzen und entsprechend umzubauen. Erst im nächsten Jahr wird der Wissenschaftsrat darüber entscheiden, ob der 2. Bauabschnitt errichtet wird. (Siehe Kommentar S. 3)

Fachbereichsratswahlen:

Nur geringe Beteiligung bei den Studenten

Nur im geringen Umfange haben sich die Studenten bei den diesjährigen Wahlen zu den Fachbereichsräten der Hochschullehrern (HL) und den wissenschaftlichen Mitarbeitern (WM) außerordentlich hoch. Etwa die Hälfte der Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst (MTV) ging an die Urnen. Nachfolgend die personelle Zusammensetzung der künftigen Fachbereichsräte:

Fachbereich I

Wahlbeteiligung: HL - 100 %, WM - 89,79 %, MTV - 46,66 %, Stud: 10,63 %. HL: Fookon, Mees, Dieckert, Raapke, Nachreiner, Lengert (Dem. Hochsch.), Hopf, Busch (AKH). WM: Schmereim (Liste Schmereim u.a.), Ebben (AKH). MTV: Heepen, Jedrowiak (ÖTV u.a.). Stud: Schrader (SHB), Veenhuis (MSB).

Fachbereich II

Wahlbeteiligung: HL - 84,21 %, WM - 87,78 %, MTV - 58,33 %, Stud: 10,89 %. HL: Helmers (Liste Helmers u.a.), Boeder, Thelin, Thiergard (Liste Boeder u.a.), Stöling, Ritzel, Stroh (Linke Liste). WM: Wagner, F. (Gewerkschaftl. Liste), Stinshoff (Liste Stinshoff u.a.). MTV: Fohr, Freeseemann (DAG u.a.). Stud: Grobe (SHB), Asseln (MSB).

Politische Kultur in den 70er Jahren

Symposium vom 13. - 14. Juli in der Universität

Gibt es heute Anzeichen für politisches Bewußtsein und entwickelt sich hierzulande politische Kultur? Mit dieser Frage soll sich ein zweites Symposium der Universität Oldenburg beschäftigen und damit die Kontroverse auf dem ersten Symposium vom Februar über Gestaltung und Auswirkung der Fernsehserie 'Holocaust' fortführen. Bei der Auseinandersetzung über das unerwartete Phänomen emotionaler Massenbetroffenheit war offen geblieben, ob es sich dabei um ein endgültiges Abklingen der Nazi-Vergangenheit, um den definitiven Abschluß des Geschichtsverlusts handelt oder ob die öffentliche Erregung über Judenvernichtung und 'Drittes Reich' als ein Anzeichen für politisches Interesse an den Mechanismen der jüngsten deutschen Geschichte als eine Bedingung für Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik anzusehen ist.

Diese Kontroverse ist nur dann sinnvoll weiterzuführen, wenn die ökonomische und politische Gesamtentwicklung der letzten Jahre berücksichtigt wird. Insbesondere ist zu dis-

Rückmeldungen erst im Oktober

Anders als in den vorangegangenen Semestern wird die Rückmeldung zum WS 1979/80 nur durch persönliche Erscheinungen möglich sein. Termin: 22. bis 26. Oktober 1979. Vom Immatrikulationsamt werden den Studenten die Rückmeldeformblätter Anfang September 1979 zugesandt. Diejenigen Studenten, die für das WS 1978/79 oder SS 1979 noch keine bzw. nicht in voller Höhe Studentenschafts-/Studentenwerksbeiträge gezahlt haben, erhalten die Rückmeldeformblätter erst nach Nachweis der ausstehenden Leistungen.

Fachbereich IV

Wahlbeteiligung: HL - 97,87 %, WM 73,56 %, MTV - 34,61 %, Stud - 19,52 %. HL: Sprockhoff, Weidenbruch, Ebenhöf (Dem. Hochsch.), Gorny (AKH), Köll, Luther, Knauer (Liste Hirsch u.a.). WM: Heise (Sozialliberale Liste), Rieß (Liste Rieß u.a.). MTV: Brandorff, Peper (ÖTV u.a.). Stud: Kleinschmidt (GO-Liste), Paul Chr. (Basisgruppe).

„Jura-Fachbereich beabsichtigt“

Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel hat vor dem Landtag bekräftigt, daß die Landesregierung „beabsichtigt“, an der Universität Oldenburg einen juristischen Fachbereich einzurichten. Gleichzeitig betonte Pestel jedoch, daß eine übereilte Genehmigung nicht sachdienlich sei, weil zunächst Gespräche mit der Universität über die inhaltliche Schwerpunktsetzung geführt werden müßten - „in Anbetracht der nicht gerade geringen vorhandenen und geplanten Ausbildungskapazität in diesem Bereich“.

kurieren, welche Bedeutung die Erfahrungen des 'Deutschen Herbstes' für das politische Bewußtsein des Bürgers und die Entwicklung einer neuen politischen Sensibilität zukommt. Hier weiter zu bohren, setzt voraus, daß erstens der Staatsapparat selbst und die Sphäre offiziellen Politikmachens untersucht werden. Zweitens sind die geplanten Effekte dieser Politik, die materiellen Veränderungen einerseits sowie andererseits die ungeplanten Nebeneffekte zu analysieren, die diese Politik auf Seiten der Bürger, der betroffenen Subjekte hat und die als Subjekte darauf reagieren. In diesem Zusammenhang ist die Tragweite der breit gestreuten, mitunter diffusen Basisinitiativen ebenso zu überprüfen wie die Entwicklung neuer Lebensformen jenseits kapitalistischer Arbeits- und Konsumtionsverhältnisse. Das Symposium beginnt mit einer Podiumsdiskussion, auf der am Donnerstag um 20 Uhr das Thema „Wandel und Perspektiven politischer Kultur in der BRD“ behandelt wird. Dazu äußern sich insgesamt fünf Re-

ferenten: der Sozialpsychologe Professor Peter Brückner (Hannover), der Soziologe Professor Krovova (Hannover), der Politikwissenschaftler Professor Wolf Dieter Narr (Berlin), der Rechtswissenschaftler Sebastian Cöber (Frankfurt) und der Berliner Verleger Klaus Wagenbach. Am Freitag werden ab 10 Uhr zwei Arbeitsgruppen zur Erörterung von Einzelfragen angeboten:

- Atom- und Überwachungsstaat (Diskussionsleitung: Thomas Blanke, Dieter Sterzel, Oldenburg)
- Opposition oder Gegenkultur (Diskussionsleitung: Stefan Müller-Doohm, Detlev Rossmann, Gerd Vonderach, Oldenburg)

An diesen Arbeitsgruppen beteiligen sich neben Wissenschaftlern der Universität Oldenburg die eingeladenen Referenten aus Hannover, Berlin und Frankfurt.

Das Symposium endet am Freitag nachmittags 14 Uhr mit den Berichten der Arbeitsgruppen und einer Open-End-Schlußdiskussion in der Aula der Universität.

Stefan Müller-Doohm

„Wer bereitet eigentlich die Schüler auf die Freizeit vor?“

Jürgen Dieckert über die Gestaltung von Schulhöfen und Pausenbereichen

Außerordentlich erfolgreich ist am 22. Juni eine Informationsveranstaltung der Universität Oldenburg in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Weser-Ems zum Thema „Gestaltung von Schulhöfen und Pausenbereichen für Spiel und Bewegung“ verlaufen. Mehr als 500 Landes- und Kommunalpolitiker, Lehrer, Architekten, Verwaltungsbeamte sowie Vertreter der Schüler- und Elternschaft nahmen an dem Kongreß teil, in dessen Mittelpunkt die theoretischen Vorträge des Sportwissenschaftlers Professor Dr. Jürgen Dieckert und des Architekten Jürgen Koch vom Oldenburger Modellversuch Freizeitsport standen. Der Praxisbezug wurde durch Lehrer hergestellt, die über ihre Erfahrungen mit bereits umgesetzten Schulhöfen berichteten. Nachfolgend ein Auszug aus dem Grundsatzerferat Jürgen Dieckerts, dem Initiator der Veranstaltung:

...In unserer zweckdenkenden Welt, die meistens alles vom Effekt her beurteilt, ist das 'Dazwischen' vergessen worden. Industrialisierung, Technisierung, Bürokratisierung, Ökonomisierung, Rationalisierung, und wie die -ungs alle noch heißen, richten sich auf die Arbeitswelt und die effektivste Herstellung von materialien Produkten. Auch die Schule ist in den Zugzwang unserer Leistungs- und Erfolgsgesellschaft geraten und hat Schulen oft zu Produktionsstätten von Zensuren gemacht, die bei der späteren Berufswahl lebensbestimmend geworden sind. Nur so ist es zu verstehen, daß die Pause als zeitliches 'Dazwischen' und der Schulhof als räumliches 'Dazwischen' in rigide Verbotsordnungen reglementiert werden statt sie als Freizeit und Freiraum für die Schüler zu selbstbestimmtem Spiel und Bewegung zu kultivieren.

Die Schule mit ihrem Fachunterricht versteht sich als Vorbereitung der Schüler auf die Arbeitswelt. Wer bereitet eigentlich die Schüler auf die Freizeitwelt vor, das Leben in der Familie, mit dem Partner, mit den Kindern, dem Nachbarn, den Arbeitskollegen, auf das Freizeitvakuum am Feierabend, am Wochenende, im Urlaub, auf eine richtige Einschätzung, Beurteilung und Nutzung der Angebote aus der Freizeit- und Vergnügungsindustrie - und auf die Arbeitspause: insgesamt auf das 'Dazwischen'? Und diese Freizeit umfaßt ein Mehrfaches an Stunden in unserem Lebenslauf als die Arbeitswelt von uns beansprucht. Allein die Schulpause (ohne Einrechnung von Freistunden oder Wartezeiten) summieren sich innerhalb einer Woche auf 2 1/2 bis 5 1/4 Stunden (Kraft in NRW). Da die Schule es bislang nicht geschafft hat und trotz vielfacher Forderungen von verschiedener Seite auch in absehbarer Zeit nicht schaffen wird, so etwas wie 'Freizeitkunde' als fächerübergreifendes Prinzip in der Schule zu integrieren, versuchen wird doch wenigstens die Pausen zu kultivieren. Denn wie wollen wir von einem späteren Arbeitnehmer erwarten, daß er seine Arbeitspausen oder seine Freizeit selbstbestimmend aktiv gestaltet, wenn er es nicht in der Schule gelernt hat?

Wie wollen wir auch erreichen, daß eine Familie am Feierabend, Wochenende oder im Urlaub spielerisch sportlich tätig ist, wenn die Familienmitglieder es weder in der Schule erfahren haben noch der Schulhof in irgendeiner Weise durch Spielgeräte oder -materialien dazu animiert? - Mit dieser Frage ist die Doppelnutzung der Schulhöfe und Pausenbereiche durch die Bevölkerung angesprochen. Angesichts der vielen fehlenden Kinderspielflächen und des nahezu totalen Defizits von familiengerechten, freizeitorientierten, benutzerfreundlichen Spielplätzen für Baby bis opa - denn die traditionellen Sportplätze nach DIN 18035 sind wettkampforientiert gebaut - ist eine Umgestaltung der Schulhöfe gerade für die Nachmittags-, Abends-, Wochenend- und Feriennutzung genau so dringlich wie für die Vormittagsnutzung durch die Schule. Für die Kommunen als Schulträger bedeutet es eine Investition für zwei Hauptnutzungen.

Die Gemeinde, der Kreis, die Stadt,

sie sind die Finanziers von Schulhöfen und Pausenbereichen, sie haben auch die Planungshoheit. Sie müssen davon ausgehen, daß die anstehenden Sanierungsmaßnahmen und Neuplanungen einiges Geld kosten werden. Sie sollten jedoch nie ohne Mitarbeit von Schule, Eltern und Schülern planen und bauen. Es gibt vorbildliche Modelle, wo durch Eltern- und Lehrerinitiativen ein Teil der Kosten durch Selbsthilfe und Spenden eingespart werden konnten. Es ist verständlich, wenn Normen und Richtlinien für den Bau von Schulhöfen und Spielgeräten berücksichtigt werden, wie sie durch Bauordnungen, DIN-Normen, GUV (Gemeinde - Unfall - Versicherung) Richtlinien und TÜV-Prüfkriterien festgelegt sind. Ich sage kritisch 'berücksichtigt', denn vor Anwendung aller technischen Sicherheitsbestimmungen haben pädagogisch verantwortete Entscheidungen über den Wert und Unwert einer Maßnahme

oder eines Spielgerätes zu stehen. Wir wollen keine sterile Spielumwelt mit kastrierten Unfallverhütergeräten, sondern pädagogisch wertvolle. (Verweis auf Unfalltagung) Das bedeutet, daß Spiel- und Sportpädagogen mitentscheiden müssen und nicht nur die gleichfalls wichtigen Techniker und Sicherheitsexperten.

Die Sicherheitsfrage beschäftigt im Rahmen der Aufsichtspflicht immer wieder die Lehrer, seit es den dummen Spruch gibt, der Lehrer stünde bei der Beaufsichtigung von Schülern immer mit einem halben Bein im Gefängnis. Das ist 'absoluter Quatsch', so der für diesen Komplex kompetente Jurist Peter von Feldmann, da die gesetzliche Unfallversicherung alle Schadensfälle regelt und höchstens im Falle von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit Rückgriff auf den Lehrenden nehmen kann. Dazu gibt es aber keine Gerichtsfälle.

Außerdem - und damit ist hier nicht nur die 'Sorgfalts- und Aufsichtspflicht' des Lehrers, sondern auch die 'Verkehrssicherungspflicht' der Schulträger auf ihre Spielplätze und Schulhöfe angesprochen - setzt sich bei behördlichen Bestimmungen und in der Rechtssprechung ein immer liberaleres und toleranteres Verständnis für die Eigenverantwortung von Kindern und Jugendlichen beim Spiel durch...

Wissenschaftsrat zu Überleitung des wissenschaftlichen Personals

Anläßlich der Vollversammlung des Wissenschaftsrates am 1. Juni 1979 in Berlin hat der Wissenschaftsrat zur Überleitung des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen Stellung genommen. Er erklärte, das Ende der starken Expansion des Personalbestandes an den Hochschulen habe dazu geführt, daß in Zukunft an den Hochschulen weniger Lebenszeitstellen zur Neubesetzung zur Verfügung stünden. Diese Perspektive verstärkte den Druck auf den Hochschulen und Landesregierungen bei den gegenwärtigen Umsetzungen der Personalstruktur an den Hochschu-

len in die Neuregelung nach dem Hochschulrahmengesetz möglichst viele jüngere Wissenschaftler in Lebenszeitstellungen als Professoren zu übernehmen. Wie der Wissenschaftsrat weiter darlegte, betrachte der die Vergrößerung des Anteils an Lebenszeitstellen zu Ungunsten der Zeitstellen ebenso mit Sorge wie die Rekrutierung von Professoren aus einigen wenigen Jahrgängen, die sich rein zufällig zum jetzigen Zeitpunkt um Professorenstellen bewürben.

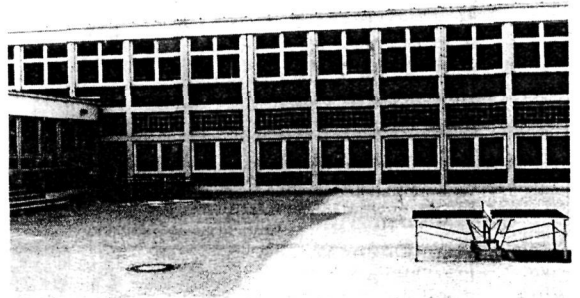
Die kurzfristige Besetzung vieler neuer Dauerstellen beeinträchtigt auf längere Sicht nicht nur die Leistungsfähigkeit der Hochschule, dies verstoße auch gegen das Gebot der Chancengleichheit gegenüber den nachdrängenden Jahrgängen. Der Wissenschaftsrat hat daher den Hochschulen und den Landesregierungen empfohlen, bei der anstehenden Überleitung des Personals nach Gesichtspunkten der wissenschaftlichen Qualität der Bewerber zu entscheiden und die neuen umgewandelten Professorenstellen wie in einem ordentlichen Berufungsverfahren zu besetzen.

Arbeitsgruppe Lärmschutz

Forschungsförderung für objektives Meßverfahren

Das Umweltbundesamt Berlin hat ein 18 Monate dauerndes Forschungs- und Entwicklungsvorhaben über rund 100.000 Mark an die akustische Arbeitsgruppe unter Leitung von Professor Dr. Volker Mellert gegeben, in dem ein neues Meßverfahren entwickelt werden soll, um Industrielärm verbessert zu erfassen.

Insbesondere sollen Stör- und Lastigkeitskomponenten des Schalls, die bislang nur subjektiv durch Gutachter beurteilt wurden, in einem objektiven Meßverfahren registriert werden können. Neben der Erfassung verschiedenster Industrieräusche an tatsächlichen Arbeitsplätzen



Deutsche Schulhofwirklichkeit: Trostlose Mischung von sterilen Kasernenhöfen und unfallträchtigen Asphaltplätzen. Foto: Koch

Musikalischer Tag der offenen Tür

Am kommenden Mittwoch, dem 11. Juli, wird der Studiengang Musik an der Universität mit einem 9-Stunden-Programm an die Öffentlichkeit treten. Der musikalische Tag der offenen Tür soll die Arbeitsweise von Hochschullehrern und Studenten vermitteln. Die Skala des reichhaltigen Programms reicht von der Vorführung von Barockmusik bis hin zur elektro-akustischen Produktion von Rockmusik.

Wie Professor Gustavo Becerra-Schmidt dazu erklärte, wolle sich das Fach Musik nicht allein an studieninteressierte Schüler wenden, „sondern an alle Musikfreunde“. Es sei geplant, den musikalischen Tag der offenen Tür künftig zu einer regelmäßigen Einrichtung zu machen. Neben den Musikvorführungen könnten sich die Besucher ausführlich informieren und beraten lassen.

Programm

10.00 - 11.00 Uhr (Kammermusiksaal), Vorführung der elektro-akustischen Produktion „Wir und die Rockmusik“ mit anschließender Diskussion,
11.00 - 11.20 Uhr (KMS), J. Haydn: Trio C-Dur Flöte/Klavier,
11.25 - 12.10 Uhr (Aula Innenhof), Duo für zwei Flöten von Peter Mieg, Mozart: Bearbeitung für zwei Flöten aus „Figaro“, J. Feld: Duo für zwei Flöten „Canon“, Carulli: Duo für zwei Gitarren aus op. 34, 3 Gitarrenstücke von Sauz/Dowland/Tarrega, 2 Gittarenstücke von Pnce/Paganini,
12.10 - 12.55 Uhr (KMS), Vorführung der elektro-akustischen Produktion „Die Bremer Stadtmusikanten“ mit anschließender Diskussion,
13.40 - 14.00 Uhr Führung durch die Einrichtungen des Fachgebietes Musik/AK
14.00 - 15.00 Uhr (KMS) Schlagzeug-Konzert I. Teil
15.00 - 15.30 Uhr (Aula Innenhof), Vorführung der elektro-akustischen Produktion „Stille“ mit anschließender Diskussion,

15.30 - 16.30 Uhr (KMS), Schlagzeug-Konzert 2. Teil,
16.30 - 17.15 Uhr (KMS), Vorführung der elektro-akustischen Produktion „Sie müssen schon schreien...“ mit anschließender Diskussion,
17.15 - 17.35 Uhr Führung durch die Einrichtungen des Fachgebietes Musik/AK,
17.30 - 18.00 Uhr (Aula Innenhof), Konzert des Bläserkreises,
18.15 - 19.00 Uhr (KMS), Improvisation der Fachschaft des Fachgebietes Musik/AK,
19.00 - 19.00 Uhr (Raum B 10 a), Permanentausstellung von Ungeöhnlichen Instrumenten der Sammlung „Meyer-Denkman“ mit sachkundiger Einführung nach Vereinbarung.

Biowissenschaftliche Sonderausbildung

Jüngeren deutschen Nachwuchswissenschaftlern bietet das Fogarty International Center der amerikanischen National Institutes of Health im Stipendienjahr 1980/81 wieder die Möglichkeit zu einer biowissenschaftlichen Sonderausbildung in den USA. Die Stipendien werden mit einer Laufzeit von mindestens sechs und höchstens zwölf Monaten für einen Forschungsaufenthalt an einem amerikanischen Institut freier Wahl vergeben.

Informationen erteilt das Referat wissenschaftliche Auslandsbeziehungen WA 3 (Frank Grünhagen) der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, Tel.: 02221-87 2231. Bewerbungsschluß ist der 30. September.

Ein Staatskommissar bis Ende des Jahres

Fortsetzung von Seite 1

sidentschaft auszusetzen. Doch nicht allein dieser Punkt mußte behandelt werden. Vielmehr sah sich das Gremium - und auch das Konzil - mit der Erklärung der noch kommissarisch amtierenden Unileitung konfrontiert, in der sie die Niederlegung der Amtsgeschäfte zum Ende der Vorlesungszeit ankündigte. Krüger und Busch begründeten ihren Schritt mit der zu erwartenden Unsicherheit über das Ende ihrer kommissarisch wahrgenommenen Amtstätigkeit und dem beruflichen und persönlich motivierten Wunsch, wie geplant, zum Ende der Veranstaltungszeit aus dem Amt zu scheiden. In der anschließenden Diskussion wurde weitgehend Verständnis für diesen Schritt aber auch Ratlosigkeit sichtbar. Denn klar ist: daß sich die Universität nun auf einen Staatskommissar einrichten muß, der zumindest bis Ende dieses Jahres amtiert wird, weil eine Wahl des Präsidenten durch eine wahrscheinlich gewordene Neuausschreibung kaum vorher möglich ist.

Einphasige Lehrerausbildung

Opfer für Philologenverband?

Senat hält weiter an der Fortsetzung des Modellversuchs fest

„Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Kultusminister Remmers die einphasige Lehrerausbildung opfern will, um sich in anderen schulpolitischen Fragen wie Orientierungsstufe, Gesamtschule und Verkürzung der Arbeitszeit für Lehrer gegenüber dem Philologenverband und dem rechten Flügel der CDU den Rücken freizuhalten.“

Remmers hatte dort nicht nur erklärt, der Modellversuch sei ernsthaft gefährdet, sondern vor dem Parlament auch den Eindruck erweckt, die Universität habe keine „substantiierten Vorschläge“ gemacht, um insbesondere mit den Schwierigkeiten bei der Absicherung des schulpraktischen Anteils im gymnasialen Bereich fertig zu werden.

In seiner erneuten Stellungnahme hat der Senat wiederum betont, daß er keinen Anlaß sehe, den Modellversuch oder Teile davon vor 1981 abzubrechen. Vielmehr erinnerte er den Kultusminister nochmals nachdrücklich an seine Verantwortung für eine korrekte Abwicklung des Modellversuchs.

Das Festhalten des Senats an der Fortführung der ELAB bis zum vorgesehenen Ende 1981 (letzte Imma-

trikulationen) hängt nicht nur damit zusammen, daß er diese Ausbildungsform für die bessere hält, sondern vor allen Dingen mit der Tatsache, daß die Absicherung der schulpraktische Anteile der künftigen ELAB-Studenten kaum Schwierigkeiten bringen wird, sondern für die bereits jetzt Immatrikulierten, die den 3. Studienabschnitt in der Zeit von 1980 bis 1982 ableisten müssen.

Kooperation mit der Universität Groningen

Eine sechsköpfige Delegation der Reichsuniversität Groningen (RUG) besuchte am 29. Juni die Universität Oldenburg und kam damit einer offiziellen Einladung der Hochschulleitung an die niederländische Nachbaruniversität nach. Vorausgegangen waren ein Votum des Groninger Universitätsrates (vergleichbar unserem Konzil), Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Oldenburg zu prüfen, und eine vorbereitende Kontaktaufnahme des Oldenburger Auslandsreferenten an der RUG.

Hier ist angesichts der hohen Studentenzahlen ein Engpaß zu erwarten. Eine Lösung der damit verbundenen Probleme steht noch aus.

Doch das ZpB hofft, weitere Kontaktlehrer in den Gymnasien zu gewinnen - zumal sich manches, vom Philologenverband heftig geschürte, Vorurteil bei Studienräten gegenüber der Einphasigen aufzulösen beginnt.

Denn die derzeitigen Absolventen des 3. Studienabschnittes legen zum teil hervorragende Prüfungen ab, bei deren Benotung es auch keine Differenzen zwischen Vertretern der Universität und der Schulverwaltung gibt.

und zum anderen das Interesse an bilateralen Projekten zu konkretisieren.

Als bereits in Angriff genommene oder von einem gemeinsamen Interesse getragene Vorhaben konnten in diesem ersten Gedankenaustausch u.a. festgehalten werden: Regionalplanung Ostgroningen/Ostfriesland (FB 3); Umweltentwicklung und -planung im küstennahen Gebiet (FB 4); Kinderbeobachtung in der klinischen Psychologie (FB 1); wissenschaftliche Begleitung von Gesamtschulversuchen (FB 1). Kompetente Unterstützung im Planungsbereich wurde als weitere Form der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit v.a. von den Oldenburgern als fruchtbar erachtet (Studiengang Niederlandistik, Jura), während die traditionsreiche Groninger Universität ein besonderes Interesse an den Oldenburger Erfahrungen in der Kooperation mit dem DGB bekundete und auf innovative Anregungen in diesem Bereich einer gesellschaftspolitischen Öffnung der Hochschule hofft.

Planungskommission vom Senat aufgelöst

Der Senat hat am vergangenen Mittwoch die Studiengangplanungskommission „Spiel- und Bewegungstherapie“ nach vierjähriger Tätigkeit aufgelöst und die weitere Behandlung der möglichen Einrichtung eines solchen Studienganges an die Zentrale Studiengangplanungskommission verwiesen.

In ihrem zweieinhalb Seiten langen Bericht hatten die Mitglieder der Kommission u.a. erklärt, daß die notwendiger Vorarbeiten für die Untersuchung um gesellschaftlichen Bedarf für „Spiel- und Bewegungstherapeuten“ und die Berufsfeldforschung nicht ohne personelle und materielle Unterstützung erfolgreich zum Abschluß geführt werden könnten.

Der Kommentar



Professor Dr. Peter Köll, Vorsitzender des Fachbereichs IV, über die mögliche Nichtrealisierung des 2. Bauabschnitts

Der wochenlange zähe Widerstand der vereinten Kräfte unserer Universität, eines Teils der Repräsentanten dieser Region, aber auch insbesondere vieler ungenannt bleibender Freunde innerhalb und außerhalb Oldenburgs gegen die Kürzungspläne des derzeitigen Wissenschaftsministers, scheint ohne Erfolg geblieben zu sein.

Abgesehen von dem Prestigegewinn, den wir mit unserem beehrten Einsatz nicht nur in der Landeshauptstadt erzielen konnten, dürfte es - dies allerdings in nahezu letzter Minute - zwar noch gelungen sein, das Kabinett Albrecht zur Verabschiedung einer Kompromißlösung zu bewegen, die einen Ausbau im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich in Minimalgröße erlaubt hätte, jedoch sind diese Pläne am Votum des Wissenschaftsrates gescheitert. Der Kompromiß sah vor, daß der 1. und 2. Bauabschnitt Naturwissenschaften auf der Grundlage der bisherigen Detailplanungen der Universitäten und deren Lobby, die kein Mittel scheuen, sich lästige Konkurrenz vom Halse zu schaffen, bzw. diese sich gar nicht erst entwickeln zu lassen, erlegen ist.

Da diese Planung allem Anschein nach nicht nur von der Ministerialbürokratie, der Sonderbehörde des Ministers für den Hochschulbau und der Hochschulbaugesellschaft, sondern auch von den diversen vom Minister beauftragten freischaffenden Ingenieurbüros getragen wurde, sah es so aus, daß möglicherweise darüber hinaus tatsächlich der von Minister Pestel immer wieder versprochene unverzügliche Baubeginn resultiert hätte.

Trotz vielfältiger Bemühungen ist es, soll man letzten Informationen glauben, nun jedoch nicht gelungen, auch den Wissenschaftsrat zumindest von diesem Minimalkonzept zu überzeugen. Hiermit rückt dieses sich immer deutlicher nach rechts orientierende staatliche Gremium von vormals vehement vertretenen Regionalisierungskonzeptionen grundsätzlich ab und zeigt, daß es den Einflüsterungen herausragender Mitglieder sogenannter „alehrwürdiger“ Universitäten und deren Lobby, die kein Mittel scheuen, sich lästige Konkurrenz vom Halse zu schaffen, bzw. diese sich gar nicht erst entwickeln zu lassen, erlegen ist. Die Folgen für unsere Universität sind noch nicht absehbar. Auch ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar, welche Mittel noch ergriffen werden können, um einen vernünftigen Ausbau unserer Hochschule zu sichern. Ich würde daher empfehlen, einen angemessenen Teil der Semesterferien für einen intensiven Erholungsurlaub zu nutzen, damit wir die sich jetzt abzeichnenden weiteren Auseinandersetzungen im Vollbesitz unserer physischen Kräfte gelassen auf uns zukommen lassen können.

Internationaler Protest für Horst-Eckart Gross

„Westdeutscher McCarthyismus“

Wissenschaftler der Universitäten Gent (Belgien) und York in Ontario (Kanada) sowie das Menschenrechtskomitee der American Mathematical Society, der größten wissenschaftlichen Mathematikerorganisation der Welt, fordern in eindringlichen Erklärungen die sofortige Einstellung des Diplom-Mathematikers Horst-Eckart Gross an der Universität in Oldenburg.

Gross war nach Ermittlungen des Verfassungsschutzes vorgeworfen worden, Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei zu sein sowie sich führend in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba engagiert zu haben. Eine Einstellung als wissenschaftlicher Assistent wurde ihm vom niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Pestel, verweigert.

heißt es: „Nach meinem Ermessen dürfte nur die Fähigkeit als Wissenschaftler gewertet werden und nicht, wie in diesem Fall, die politische Zugehörigkeit.“

Einen Rückfall in den „McCarthyismus“ nennt die American Mathematical Society dieses Verfahren, das Professor Dr. Lee Lorch, Mathematiker an der York-Universität in Ontario, direkt als „Westdeutschen McCarthyismus“ bezeichnet. Die Kommunisten-Jagd („red-hunt“) wird in den USA als ein peinigender Bereich der Wissenschaftsgeschichte betrachtet. Übereinstimmend wird in den Stellungnahmen von Minister Pestel gefordert, die Ablehnung von Horst-Eckart Gross aufzuheben.

Professor Dr. W. Prevenier, Reichsuniversität Gent, fragt beim Wissenschaftsminister an, „ob es in einem freien Staat möglich ist, einem Menschen aufgrund seiner Mitgliedschaft zu einer legalen Partei seine berufliche Karriere zu zerstören.“ Ferner

Sprache der Wissenschaft

„Die vizinale Kommunikationsinklinaton der kontemporenen urbanen Population manifestiert sich als intens selektiv“ heißt gleich „Der Großstadtbewohner hat nicht zu jedem Menschen Kontakt, er wählt aus; nur mit manchen knüpft er Beziehungen an“.

Termine zum WS 1979/80

Table with 2 columns: Event and Date. Rows include: Beginn der Lehrveranstaltungen (15.10.1979), Weihnachtsferien (24.12.1979 bis 4.1.1980), Ende der Lehrveranstaltungen (15.2.1980).

Neuer Entwurf für Ausbildungs- und Prüfungsordnung

Einphasige Lehrerausbildung wird an die Bestimmungen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes angepaßt

Mit Erlaß vom 16. Juni 1979 hat der Kultusminister den seit langem angekündigten Entwurf einer Verordnung vorgelegt, die die berufspraktische Ausbildung regeln und die alte vorläufige Prüfungsordnung ablösen soll. Die Pressestelle hat den Entwurf und seine Begründung vollständig als „Studium Lehre Forschung 1/79“ veröffentlicht. Der noch nicht in Kraft getretene Entwurf zeichnet sich gegenüber der alten Prüfungsordnung insbesondere durch folgende Änderungen aus: 1. Einführung von Bestimmungen über die berufspraktische Ausbildung (berufspraktische Vorhaben, Verhältnis Schule/Universität, Eintrittsvoraussetzungen in den 3. Studienabschnitt, Funktionen von Leh-

- 2. Einführung der Regelstudienzeit, wobei die Bestimmungen des NHG auf die einzelnen Studienabschnitte übertragen werden; 3. Reduktion des Fächerspektrums (Anpassung der Arbeitslehre an das Schulfach Arbeit/Wirtschaft/Technik unter Abtrennung von Textilem Gestalten; Abschaffung von Arbeitslehre/Sek. II; Abschaffung von Geographie für das Handelslehramt); 4. Aufspaltung des bisher interdisziplinären EG-Bereichs in die Einzeldisziplinen Erziehungswissenschaft, päd. Psychologie, Soziologie, Politologie und Philosophie; 5. Vermehrung der Prüfungen (2

- mündliche Prüfungen in EG; praktische Prüfungen auch in Textilem Gestalten, Hauswirtschaft und Technik/Werken; Klausuren in beiden Fächern); 6. Einführung offizieller „Unterrichtsbesuche“ im 2. und 3. Studienabschnitt und von „Erfolgs- statt Teilnahmebescheinigungen für Erkundungen und Unterrichtsvorhaben; 7. Abschaffung der freiwilligen Leistungsachweise sowie der Anrechnung der vorgeschriebenen Leistungsnachweise in EG und des „Gutachtens“; 8. Einschränkung des Vorschlagsrechtes der Studenten für die Prüfungskommissionen;

- 9. Beseitigung des Kontaktlehrers aus den EG- und Fach-Prüfungskommissionen, Möglichkeit zur Einsetzung von Vertretern der Schulbehörde als Vorsitzenden in diesen Kommissionen; 10. Beurteilung von Hausarbeit und Klausuren durch jeweils 2 Prüfer; 11. Keine freie Entscheidung des Studenten über Lerngruppe und Gegenstand der unterrichtspraktischen Prüfungen; 12. Einführung der Möglichkeit, in weiteren Fächern „Erweiterungsprüfungen“ abzulegen (jedoch nicht in einer weiteren Schulstufe). Die neue Ordnung soll zum 2. Januar 1980 in Kraft treten, wobei insbesondere für die Studenten in

höheren Semestern die alte Ordnung als Übergangsregelung teilweise weiter gilt. Zuvor erhält die Universität Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Änderungen gehen zum kleineren Teil auf Vorschläge der Universität, zum größeren Teil jedoch auf Anpassungsvorschriften des NHG, auf die „Gemeinsamen Regelungen für Lehramtsprüfungen“ der Kultusministerkonferenz vom Januar 1979 und auf Forderungen besonders des Philologenverbandes nach Gleichartigkeit mit der zweiphasigen Ausbildung zurück. Ein Teil der Änderungen wurde der Universität bereits im Juni letzten Jahres angekündigt.

Hansjürgen Otto

Schnupperstage 79

„Überwiegend positiv“

Die am 28. und 29. Juni durchgeführten „Schnupperstudientage“ wurden von den etwa 600 Besuchern insgesamt positiv beurteilt. Für viele Teilnehmer war es eine wichtige Entscheidungs- und Orientierungshilfe, einen Einblick in den universitären Lehr- und Arbeitsbetrieb zu erhalten und die Möglichkeit zu besitzen, sich über fast alle allgemeinen und studiengangsspezifischen Fragen informieren und beraten zu lassen. Das reichhaltige Informations- und Beratungsangebot - mehr als 100 Lehr- und Informationsveranstaltungen wurden im Rahmen der „Schnupperstudientage“ angeboten - war nur aufgrund der Bereitschaft vieler Universitätsangehöriger aus dem Lehrkörper und der Verwaltung möglich, an den „Tagen der offenen Tür“ mitzuwirken. Ihnen und den Mitarbeitern der Berufsberatung und des Studentenwerks, die ebenfalls maßgeblichen Anteil am Gelingen dieser „Schnupperstudientage“ hatten, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Bei der Auswertung dieses ersten Versuchs, Schüler und Studienbewerber schon möglichst frühzeitig einen unmittelbaren Einblick in die Hochschule zu vermitteln und die „Schwellenangst“ vor der Universität abzubauen, fiel insbesondere auf, wie unterschiedlich die Schüler und Studieninteressierten den Informationswert beurteilten, den die besuchten Lehrveranstaltungen für sie hatten. Besonders hoch wurde der Informations- und Orientierungswert der Lehrveranstaltungen eingeschätzt, die sich auf einen relativ umgrenzten Themenbereich bezogen und nach der eigentlichen Lehrveranstaltung einen allgemeinen Überblick über den Studiengang anboten und auf allgemeine Studiengangs-

fragen eingingen. Für zukünftige „Schnupperstudientage“ ist deshalb geplant, daß in jedem Fach ein bis zwei Lehrveranstaltungen angeboten werden, die besonders auf die speziellen Bedürfnisse der Schüler und Studieninteressierten zugeschnitten sind.

Prozeß verschoben

Der Prozeß um das Berufsverbot des Diplom-Sozialwirts Willi Gierke, der zur Zeit an der Oldenburger Universität promoviert, wurde auf den 31. Juli 1979 verschoben, da ein Richtig er nicht an der anberaumten Sitzung des Landesarbeitsgerichtes Hannover teilnehmen konnte.

421 Neuimmatrikulationen

Im Sommersemester 1979 haben sich an der Universität Oldenburg 421 Studenten eingeschrieben, davon kommen 106 Studenten von anderen Hochschulen, die an der Universität Oldenburg ihr Studium fortsetzen. In den meisten Studiengängen bestanden keine Zulassungsbeschränkungen, so daß zum großen Teil die Studienwünsche der Bewerber berücksichtigt werden konnten. In den zulassungsbeschränkten Studiengängen blieben noch insgesamt 67 Studienplätze frei, allein im Studiengang Diplom-Wirtschaftswissenschaften konnten 35 Plätze nicht vergeben werden.

Lehramtsstudiengang (1. Fachsemester, 1. und 2. Fach)

Arbeitslehre	40
Chemie	9
Deutsch	38
Englisch	27
Erkunde	20
Religion	15
Geschichte	20

Minister erkennt keinen Bedarf

Als unrealistisch betrachtet die Studiengangskommission „Philosophie“ ein weiteres Beharren auf Einrichtung der Studiengänge für Lehramter „Philosophie“ und „Philosophischer Unterricht“. In einem Bericht an den Senat heißt es dazu, man müsse zur Kenntnis nehmen, daß der Minister einen Bedarf zur Einrichtung der von der Universität beantragten Studiengänge nicht erkenne.

In Hinblick auf die Zukunft des Faches Philosophie erklärt die Planungskommission, an der Universität Oldenburg sollte - wie an den anderen Hochschulen - der Beitrag der Philosophie für die Grundlagendiskussion in anderen Disziplinen gesichert werden.

Handelslehramt	15
Mathematik	34
Musik	19
Physik	8
Russisch	2
Sozialkunde/Politik	37
Sonderpädagogik	38

Gesamt 161/322

Höhere Fachsemester (Studienortwechsler)

LA-Studiengänge	37
Dipl.-Studiengänge	69

Gesamt 106

Diplomstudiengang Chemie	14
Mathematik	7
Pädagogik 1. Sem.	54
Pädagogik 5. Sem.	14
Ökonomie	15
Physik	5
Sozialwissenschaften	28
Raumplanung	17

Gesamt 154

Termine

Dienstag, 10.7.1979, 8.00, D 103. Anhörung der Stelle BAT IIa wiss. Mitarbeiter „Sonderpädagogik mit dem Schwerpunkt Lernbehindertpädagogik“. G. Simon (Otterstätt), A. Müller (Bremen), I. Titze (Hannover), Th. Krauß (Hannover), H. Schmidt (Klosterseele).

Dienstag, 10.7.1979, 9.00, Bauteil D Atelier 1. Anhörung der Stelle eines wiss. Ass. BK/VK, Werner Berkhoff (Braunschweig), Udo Bracht (Kassel), Hartmut Dähnhardt (Seele), Heiko Herwald (Spenden), Dr. Christoph Schulz-Mons (Hildesheim), Susanne Vogelgesang (Frankfurt).

Mittwoch, 11.7.1979, 11.00, AVZ 3-161. Vortrag von Dr. Wolfgang Kramarecyk (Universität Katovice) zum Thema „Erzeugungs- und Vernichtungsoperatoren zur stochastischen Beschreibung von chemischen Reaktionen und Diffusion“.

Habilitationen & Promotionen

Mittwoch, 11.7.1979, 16.30, D 103. Disputation im Promotionsverfahren Thomas Ott. Thema der Dissertation: „Zur Begründung der Ziele des Musikunterrichts“.

Mittwoch, 11.7.1979, 16.30, D 103. Disputation im Promotionsverfahren Wolfgang Ott. Thema der Dissertation: „Zur Begründung der Ziele des Musikunterrichts“.

Freitag, 20.7.79, 10.00, D 103. Promotionsverfahren von Irnhild Wragge-Lange. Thema der Arbeit: „Interaktion im Unterricht“ ein Ansatz zur Analyse schulischer Interaktionsprozesse.

Personalien

Professor Dr. Adolf Zimmer, Psychologe im Fachbereich I, hat auf Einladung des Advanced Methodology Program in Chicago eine Vorlesung über „The application of fuzzy set theory to knowledge and retrieval systems“ und auf dem Kongreß der Psychometrie Society in Monterey einen Vortrag über „A formal theory of absolute judgments“ gehalten.

Rita Westerholt wurde als Raumpflegerin im Dezernat 4 eingestellt.

Ausschreibungen

Fachbereich II - Kommunikation/Ästhetik. Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Didaktik der englischen Sprache und Literatur (BAT IIa). Bewerbungen unter Angabe der Stellenbezeichnung (FB II - Wissenschaftlicher Mitarbeiter) bis zum 20. Juli 1979 an den Präsidenten.

Fachbereich II - Kommunikation/Ästhetik. Vertretung für die Stelle eines Lektors für englische Sprache. Bewerbungen unter Angabe der Stellenbezeichnung (FB II - Vertretung für die Stelle eines Lektors für englische Sprache) bis zum 20. Juli an den Präsidenten.

Fachbereich I. Tutorenstellen. Bewerbungsunterlagen sind in der Geschäftsstelle des Fachbereichs I erhältlich. Letzter Abgabetermin: 8. Juli 1979.

Fachbereich III. Jurist/Verwaltungswissenschaftler für das Forschungsprojekt „Rechtsprobleme der Fachkommunikation“ mit guten Kenntnissen im öffentlichen Recht und im Wirtschaftsrecht. Bewerbungsschluß ist der 20. Juli 1979.

Fachbereich IV - Mathematik/Naturwissenschaften. Tutorenstellen für das WS 79/80. Bewerbungen bis zum 12.7.1979 in das Postfach der Geschäftsstelle des Fachbereichs IV im Kern des AVZ, 1. Stock, gelber Bauteil.

AUTOHAUS Büchner V.A.G.
Gebrauchtwagen
 Alle Fabrikate
 Große Auswahl. Und nicht teuer.
 31081 Audi VW
 Donnerschwerer Str. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
 In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
 1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÖLTMANN & GERRIETS
 Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
 Postfach 141

COPIERCENTER OLDENBURG
 Ammerländer Heerstr. 68 · 29 Oldenburg · Tel. 04 41/7 20 26/20 · Fax 046 258 64
 Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück **0,10 DM**
 ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
 ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM
Schnelldruck-Service
 zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
 Auflage 20 Stück **DM 2,30**
 Auflage 100 Stück **DM 5,50**
 Auflage 500 Stück **DM 20,70**
 Auflage 1000 Stück **DM 34,-**
 Auflage 2000 Stück **DM 60,-**

JEANS
 von **Horten**
 Levis · Wrangler · Pionier · Lois · Settler

TABULA BUCHLADEN IM HERBARTGANG
 WÄLGERSTR. LANGE STR. KURWICKSTR.

Bevor wir Brillen anpassen, passen wir erst einmal auf. Denn die Erfüllung individueller Kundenwünsche ist unser oberstes Gebot.
Optiker Schulz
 für besseres Sehen und Hören
 Achterstraße / Ecke Ritterstraße

SPANHAKE aktuell
 in · basteln · basteln · bast
AUCH DU BRAUCHST EIN HOBBY!
 Bei uns findest Du die Auswahl, um Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen
 Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand.
 Spanhake, Oldenburg
 Lange Straße 48
oldenburg - lange str.

Anna Thye
 Buchhandlung
 Inh. Gottfried Sieler
 Gegr. 1. 9. 1800
 29 OLDENBURG
 Schloßplatz 21 / 22
 Postfach 4780
 Ruf (04 41) 2 52 88

Zeitschriften - Bücher
 Berichte und
 Examensarbeiten
**Examensarbeiten-
 schnelldienst**
 Innerhalb 2 Stunden
 Jochen Henckus
 Bültothekstr. 2
 Edewechter Landstraße 50
 Telefon 50 23 97

Spedition Möbeltransport International
DEUS
 TEL. (04 41) 7 10 01

Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.
OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG
OLB